



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



6/2010

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Schwarz-gelbe Sparorgie ist Anschlag auf sozialen Frieden und Demokratie

»Die Regierung Merkel/Westerwelle verübt mit ihren Streichvorhaben einen Anschlag auf den sozialen Frieden und die Demokratie im Land«, erklärt Gregor Gysi zu den Ergebnissen der Kürzungs-Klausur der Bundesregierung. »Dagegen kann es nur eines geben: breiten öffentlichen Widerstand. Eine solche Kürzungs- und Umverteilungskoalition können wir uns sparen.« Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter: »CDU/CSU und FDP lassen Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, sozial Benachteiligte und Familien für die Zockerei der Banken und Spekulanten bluten. Das ist nicht nur grob ungerecht, sondern offenbart das wahre Gesicht dieser Koali-

tion der sozialen Kälte und der politischen Geisterfaherei. Wie befürchtet werden nun nach der NRW-Wahl die Pläne für den massiven Sozialabbau aus der Schublade geholt. Schwarz-gelb vertieft die soziale Spaltung und lässt die Binnennachfrage auch durch den geplanten Stellenabbau weiter austrocknen. Der Stellenabbau wird dazu führen, dass statt Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten teure britische Anwaltskanzleien die Gesetzentwürfe für die Regierung und den Bundestag schreiben. Bei den Schwächsten werden Milliarden gekürzt, die Reichsten bleiben unbehelligt. Ohne Steuergerechtigkeit durch Steuererhöhungen für die Krisenverursacher und -gewinnler spart die Koalition das Land ins Koma.

Wenn SPD und Grüne ihre Kritik an der Bundesregierung ernst meinen, müssen sie die Kraftmeierei in NRW beenden. Wer im größten Bundesland ausgerechnet mit der FDP ins Koalitionsbett will, führt seine hehren Worte in Berlin selbst ad absurdum.«

07.06.2010 – Gregor Gysi

Spruch des Monats

»Was wir heute tun,
entscheidet darüber,
wie die Welt morgen aussieht.«

Marie von Ebner-Eschenbach«

Fazit – Bundesparteitag 15.05. bis 16.05.2010 in Rostock

Wahlen

In Rostock fand ein Bundesparteitag statt, der die Aufgabe hatte, einen neuen Parteivorstand und die Mitglieder der Bundesschiedskommission sowie der Bundesfinanzrevisionskommission neu zu wählen.

Nach knapp drei Jahren seit Gründung der LINKEN standen wir vor einer wichtigen Entscheidung, da beide Vorsitzenden, Oskar Lafontaine und Lothar Bisky, nicht erneut für den Vorsitz kandidierten.

Neben diesen umfangreichen Wahlen gab es auch eine Reihe inhaltlicher Diskussionen und Beschlüsse.

Den Wahlen zum Bundesvorstand ist ein Mitgliederentscheid vorausgegangen, der für viele Diskussionen an der Basis sorgte.

Inhalt dieses Mitgliederentscheides war die Abstimmung über eine Doppelspitze des Parteivorstandes, des Bundesgeschäftsführers und der zwei Parteibeauftragten.

Das Ergebnis dieses Mitgliederentscheides war für die Delegierten Maßstab. Insofern galt das Einverständnis der Mitglieder zu einer Doppelspitze in den genannten Funktionen als der mehrheitliche Wille der Mitglieder.

Aus einer Liste von 44 Bewerberinnen und Bewerbern galt es, kompetente Vertreter zu wählen.

Entsprechend der Regelungen unserer Satzung müssen die 50%ige Frauenquote und der Anteil der Mandatsträger bei den Wahlen berücksichtigt werden.

Eine Partei, die sich pluralistisch versteht, die den Anspruch hat, die Interessen für Bürgerinnen und Bürger, egal ob West oder Ost, zu vertreten, macht es sich nicht leicht bei solchen Wahlen. Ost-West ist eben auch in unserer Partei ein Thema, wenn auch nicht mehr bei allen Mitgliedern. ► S. 2



Unsere Parteitagsdelegierten (v.l.n.r.): Anke Schwarzenberg, Vorsitzende OV Forst, Lutz Schallschmidt, Mitglied KV Spree-Neiße, und Birgit Wöllert, MdL

Schorschels Stadtgeflüster

»Wem der große Wurf gelungen,
Bundespräsident zu sein.
Wer das mächt'ge Amt errungen,
mische seine Meinung ein.
Ja, wer Kritik, die er austellt,
auch verträgt in dieser Rund'.
Und wer's nie gekonnt,
der stehle weinend sich aus diesem
Bund!«

Hallöchen,
liebe problemkurvengenerierte Forster,
erinnert Ihr Euch noch an den Blumenstrauß des Monats?! Diesen gab's in längst verschollenen Zeiten für besonders herausragende Leistungen. Meinen Blumenstrauß für Mai bekommt Herr Wolter, Leiter des staatlichen Schulamtes in Cottbus. Während Schüler, Eltern und Lehrer darüber glücklich sind, dass das Bildungsministerium der Eröffnung einer vierten 7. Klasse am Forster Gymmi zugestimmt hat, ist Herr Wolter dagegen (LR vom 20.05.10 ... bin dagegen, ... zu viel Verwaltungsarbeit, ... müssen alles neu planen usw., usw.)! Prima – dafür gibt's die Blumen und obendrein als Präsent ein ganzjähriges Praktikum als Vertretungslehrer an einer Oberschule. Ja, ja, so mancher vergisst sehr, sehr schnell, wie es in der Praxis aussieht. Apropos Praxis: Auch wenn das Teleskophubrettungsfahrzeug der FFW Forst öfters bei Geburtstagsgratulationen und Hochzeiten eingesetzt wird, ist es bestimmt nur ein Gerücht, dass es in Zukunft gänzlich als Rummelattraktion Verwendung findet, es soll wohl doch ein Rettungsfahrzeug bleiben. Oder kann man es demnächst vielleicht auch zur Silberhochzeit mieten?!
Tschüss

Euer *Schorschel*

Am Mittwoch, dem 23.6.2010,
findet
diesmal bereits um 18:00 Uhr
im Bürgerzentrum (Kreml)
unsere nächste
MITGLIEDERVERSAMMLUNG
statt.

Themen:

- Informationen aus der SVV
- Auswertung Bundesparteitag
- Programmdebatte
- Informationen von den Regionalkonferenzen

Zum Thema Programmdebatte
haben wir uns den Genossen
Dr. Dietrich Loeff eingeladen.

Fazit – ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Zeitplan wurde nicht eingehalten, aber am Ende wurde ein Parteivorstand gewählt, der jetzt mit seiner Doppelspitze, Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, zeigen muss, das richtig entschieden wurde.

Beschlossene Anträge:

- Für einen Politikwechsel – DIE LINKE stärken
- Für Frieden und Wiederaufbau in Afghanistan

ghanistan – Friedensvorschläge der Partei DIE LINKE

- Für Solidarität und gegen antimuslimischen Rassismus
- Wir sind alle Griechen! – Auf zu den Demonstrationen am 12.06. in Berlin und Stuttgart!

Diese Beschlüsse, die Reden von O. Lafontaine und L. Bisky u.v.m. kann man nachlesen unter www.die-linke.de/partei/organe/parteitage

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende



Neue Läden braucht die Stadt,

... aber natürlich nur an der richtigen Stelle. Für den Bürgermeister und die Bauverwaltung bedeutet dies, den Bau einer Verkaufseinrichtung neben dem »Dänischen Bettenlager« an der Umgehungsstraße zu befürworten. Dort hatte der Grundstücksbesitzer unerlaubt Bäume gefällt und damit eindeutig gegen geltendes Recht verstoßen. Jetzt soll er dafür belohnt und die Fläche Bauland werden.

Im Verwaltungsantrag zur Änderung des Bebauungsplans wird von einer Non-Food-Verkaufseinrichtung gesprochen. Auf schlecht deutsch bedeutet dies, dass dort keine Lebensmittel verkauft werden sollen. Dies ist ein klarer Verstoß gegen das gerade erst beschlossene Einzelhandelskonzept der Stadt. Dort ist festgelegt, dass Läden, deren Waren nicht für den täglichen Bedarf benötigt werden, nur in der Innenstadt anzusiedeln sind. Wem soll hier also ein Gefallen getan werden? Offensichtlich doch nur dem

Grundstückseigentümer, denn im Interesse der Bürger kann das Projekt kaum sein. Andere Informationen sprechen von der Errichtung eines weiteren Getränkemarktes an diesem Standort. Das wäre noch absurder, denn mit dem REWE-Markt auf der anderen Straßenseite und dem Getränkemarkt in der Euloer Straße ist der Bedarf bei Weitem gedeckt.

Damit sollte eigentlich klar sein, dass ein solcher Antrag in einer Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit findet. In Forst gilt dies natürlich nicht. In einer ersten Abstimmung im Planungsausschuss stimmte eine Mehrheit von CDU, FDP und SPD für die Bebauung. In zwei vorangegangenen Sitzungen hatten noch alle Mitglieder des Ausschusses dieses Projekt abgelehnt. Warum das so ist, sollten die Fraktionen den Bürgern unserer Stadt doch mal erklären. Für unsere Fraktion kommt eine Änderung des Bebauungsplanes jedenfalls nicht in Betracht.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender SVV



Neuer Sparvorschlag der schwarz-gelben Koalition!

Finanzminister Schäuble hat sich neulich für Kürzungen im Rahmen von Sparmaßnahmen im Arbeitsressort ausgesprochen. Das soziale Sicherungssystem müsse so ausgerichtet sein, dass reguläre Jobs entstünden.

Sparmaßnahmen im Arbeitsressort hätten auch auf den brandenburgischen arbeitsmarktpolitischen Sektor weitreichende Auswirkungen. Dem von der rot-roten Regierung im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) würden Sparmaßnahmen auf diesem Gebiet konträr gegenüberstehen.

Strukturschwache Gebiete, wie beispielsweise die Lausitz, könnten nicht mehr ausreichend von öffentlich geförderter Beschäftigung profitieren. Erwerbslosen wäre durch die Sparmaßnahmen im ÖBS die Möglichkeit genom-

men, sich neue Lebensperspektiven zu eröffnen.

BDI-Präsident Keitel forderte im Zusammenhang von Einsparungen die Politik auf, Kürzungen beim Rentenzuschuss und den Hartz-IV-Leistungen vorzunehmen.

Kürzungen bei den Schwächsten der Gesellschaft vorzunehmen, deren Lebensminimum noch weiter zu reduzieren, gilt in meinen Augen als asozial. Will man die Einnahmesituation verbessern, um Kürzungen im sozialen und arbeitsmarktpolitischen Bereich nicht wirksam werden zu lassen, sollte man nicht auf die »Kleinen« schauen, sondern nach Möglichkeiten suchen, die auch eine regulierende Wirkung auf andere Bereiche haben. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, eine höhere Kostenbeteiligung von Konzernen an der Energieerzeugung, die Schließung von Steuer-schlupflöchern und die härtere Bestrafung solcher Steueründer wären sinnvolle Maßnahmen.

Andreas Beckmann

Nun ist es »endlich« so weit

Zum ersten Juli werden in Forst die Wasserpreise erhöht. Der genaue Preis wird den Abnehmern erst in den nächsten Tagen mitgeteilt werden, aber ein erstes Anschreiben kündigt die Erhöhung schon mal an.

Wasser muss jeder Bürger von den Stadtwerken beziehen, weil es dafür keinen freien Wettbewerb gibt. Hier hat das Unternehmen also das Monopol. Bereits bei der Unterschriftensammlung gegen den Verkauf der Stadtwerke haben wir dieses Szenario angekündigt, nun wird es umgesetzt. Begründet wird der Schritt mit den hohen Investitionen in das Wassernetz und den Wasserturm. Diese Investitionen geschahen aber hauptsächlich zu einer Zeit, als die Stadtwerke noch im 100%igen Besitz der Stadt waren. Nach Aussagen des Bürgermeisters war das Unternehmen beim Verkauf nichts mehr wert und musste verramscht

werden. Offensichtlich hat die GASAG einen Weg gefunden, doch noch richtig Profit daraus zu schlagen. Nachdem durch die Erhöhung der Gas- und Strompreise viele Kunden dem Unternehmen den Rücken gekehrt haben, folgt nun die Erhöhung des Wasserpreises. Dem kann wie bereits erwähnt niemand entgegen. Wem hat die Privatisierung öffentlichen Eigentums nun genutzt? Beim Bürgerbegehren 2008 hatten sich ausreichend Bürger für einen Bürgerentscheid ausgesprochen, aber die Fraktionen von CDU, FDP, SPD (und zum damaligen Zeitpunkt auch noch die Fraktion »Wir für Forst«) der Stadtverordnetenversammlung haben diese demokratische Entscheidung verhindert. Eine gerichtliche Bewertung lässt immer noch auf sich warten.

*Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender SVV*

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung werden

Terminsalat

nach einem halbjährlichen Terminplan durchgeführt. Danach sollte die nächste Sitzung am 2. Juli stattfinden.

Im Mai erklärte der Vorsitzende der SVV, Tischer (CDU), dass die Sitzung auf den 30. Juni verlegt wird. Dies erfolgte ohne Abstimmung mit den Fraktionen. Stolz wurde verkündet, dass an diesem Tag kein Spiel bei der Fußball-WM stattfindet. Allerdings tagt an diesem Tag der Kreistag und fünf Stadtverordnete sind gleichzeitig Kreistagsabgeordnete. Drei davon gehören unserer Fraktion an, zwei sind von der SPD. Um eine Korrektur des Sitzungstermins der SVV zu erreichen, wendete ich mich mit einer E-Mail an den Bürgermeister und den SVV Vorsitzen-

den. Auf eine Reaktion wartete ich vergebens.

Erst auf Nachfrage wurde mir mitgeteilt, dass ich eine Antwort frühestens am 15. Juni im Hauptausschuss bekomme. Nun ist dies nicht der erste Vorgang dieser Art, sondern solche Terminüberschneidungen finden offensichtlich beabsichtigt fast regelmäßig statt. Damit wird eine ordnungsgemäße Arbeit in beiden Kommunalparlamenten erheblich erschwert. Bürgermeister und SVV Vorsitzender verfahren hier nach dem Motto: »Wir haben die Macht, was interessiert uns da das Geschwätz der Opposition.« Das verstehen diese Herren offensichtlich unter Demokratie – oder irre ich mich?!

*Ingo Paeschke,
Stadtverordneter und
Kreistagsabgeordneter*

Hilfe sieht anders aus!

Griechenland muss geholfen werden und der Euro gerettet werden. Mit dem Gesetz der Regierung wird jedoch die Situation für Griechenland und die Schuldenkrise in Europa verschärft. Deshalb lehnt die Fraktion DIE LINKE dieses Gesetz ab.

Das griechische Volk wird in einen atemberaubenden Sozialabbau getrieben. Vor allem auf Druck der »eisernen Kanzlerin«. Zusätzlich zu den bereits geplanten Verschlechterungen werden 30 Milliarden Euro weggekürzt. Die Agenda 2010 wird in radikalierter Form exportiert. Der Kampf der griechischen Bevölkerung gegen das Kürzungspaket ist der gleiche Kampf gegen die Umverteilung, den auch wir in Deutschland führen. Er hat unsere volle Solidarität.

EU und IWF gehen davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt 2010 um vier Prozent einbrechen wird. Bankökonom

befürchten einen Rückgang um zehn Prozent. Dies wird desaströse Auswirkungen auf die Steuereinnahmen haben und die Verschuldungsquote in die Höhe treiben.

Deutschland macht mit dem griechischen Desaster auch noch satte Profite. Für fünf Prozent werden die Kredite vergeben, für rund 2,3 Prozent refinanziert – macht 300 Millionen Euro jährlichen Gewinn. Mitverursacher des griechischen Dramas sind die Spekulanten, die seit Monaten auf den Staatscrash wetten und die Zinsen in die Höhe getrieben haben. Kreditversicherungen, sogenannte CDS, und Leerverkäufe müssen endlich verboten werden.

Die privaten Banken und Finanzprofiteure müssen zur Kasse gebeten werden. Deshalb wollen wir ein Schuldenmoratorium. Damit würden alle Zinszahlungen und Schuldentilgungen für drei Jah-

Frau Lange Hartwig bat darum, das Netzwerk »Gesunde Kinder« im »Malxe-Blatt« vorstellen zu dürfen. Da unsere Partei generell Aktivitäten zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern positiv gegenübersteht, tun wir das gern.

Kurzvorstellung Netzwerk »Gesunde Kinder« Forst (Lausitz)

Arbeitet seit wann:

- Aufbau seit September 2007
- Eröffnung am 17.01.2008
- Eröffnung im Krankenhaus Forst mit Frau Ziegler am 18.01.2008
- Koordinatorinnenwechsel/Neustart Februar 2010

Kontaktaufnahme:

- Projektleitung – Paul-Gerhardt-Werk Cottbus, Frau Mageney, Tel.: (03 55) 3 80 1-0, Fax: 3 80 41-19
- Krankenhaus Forst, Schwangeren- und Entbindungsstation, Telefon: (0 35 62) 98 52 25
- Projektkoordination Nadine Lange-Hartwig, Tel.: (0 35 62) 69 34 99, Fax: 69 35 13, Mobil: (01 51) 28 05 38 53, E-Mail: netzwerk.forst@pagewe.de

Themenschwerpunkte, Ziel und Aufgabe:

- Gewinnung, Unterstützung und Stärkung von Familien mit Kleinkindern aus Forst Döbern und Umgebung
- Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Familienpaten
- Gewinnung und Vernetzung von Kooperationspartnern
- Angebote für Familien einholen
- Weiterbildung und Schulung der Koordinatorin (Freiwilligen-Koordination, Kinderschutzfachkraft)
- Öffentlichkeitsarbeit

Stand Netzwerk 26.04.2010:

- ausgebildete Familienpaten
- neue Patenanmeldungen für die Schulung am 22.03.2010
- Kinder in Begleitung bzw. Vermittlung
- abgeschlossene Kooperationsvereinbarungen (Kinderärzte, Hebammen, Krankenkassen, Frauenheilkunde, Apotheken, Kindergärten u.v.m.)

Aufgaben für 2010:

weiterhin Patengewinnung, Familiengewinnung, Kooperationspartnergewinnung, Start erstes Familienfrühstück im Familientreff, Öffentlichkeitsarbeit z.B. Teilnahme an Veranstaltungen und Festen, im 3. Quartal Kooperationspartnertreffen, Koordinatorinnenschulungen

re ausgesetzt. Darüber hinaus muss geprüft werden, ob Zwangsanleihen sinnvoll sind. Mit der Verpflichtung Anleihen in Höhe von 0,5 Prozent der Bilanzsumme zu halten, würden bis zu 35 Milliarden Euro zusammenkommen. ► S. 4

Newsletter

Lange Weile bei der GdP?

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei fordert den Rücktritt von Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse, weil dieser am 1. Mai mit einer Sitzblockade gegen einen Nazi-Aufmarsch in Berlin die Polizei behindert habe. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Der Vorsitzende meiner Gewerkschaft scheint lange Weile zu haben.

Berlin, den 3. Mai 2010

Sperren und kürzen, statt fordern und fördern

»Die Schwächsten in der Gesellschaft sollen nach Ansicht der Kanzlerin die Finanzkrise bezahlen«, erklärt Gesine Lötzsch zu den Kürzungsvorschlägen der Kanzlerin. Die Parteivorsitzende weiter:

»Aus fordern und fördern will die Kanzlerin sperren und kürzen machen. Diese Strategie ist asozial und gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land. DIE LINKE ist die einzige Partei, die ein klares Sanierungskonzept vorgelegt hat. 1. Schritt: Steuererhöhung für die Krisenverursacher und -gewinnler. 2. Schritt: Nutzung der Mehreinnahmen für ein kommunales Wachstumsprogramm und 3. Schritt: Schuldenabbau. Alle anderen Wege führen in die Krise.«

Berlin, 06.06.2010

Hilfe sieht ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ebenso muss die Möglichkeit einer Umschuldung geprüft werden. Die Krise in Griechenland ist nur die Spitze des Eisbergs. Mit den Rettungsaktionen der Finanzmärkte steigen die Staatsdefizite in den 27 EU-Staaten 2010 auf den Rekordstand von 7,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Deutschland auf fünf Prozent. Für eine dauerhafte Lösung müssen die Ungleichgewichte im europäischen Handel beseitigt werden. Die Lohnstück-

kosten stiegen seit dem Jahr 2000 in der Eurozone um 27 Prozent, in Griechenland um 28 Prozent. In Deutschland jedoch nur um sieben Prozent! Der Grund: Nur in Deutschland sind die Löhne seit 2000 preisbereinigt gesunken. In allen anderen Ländern sind sie gestiegen. Dieses deutsche Lohndumping hat den Unternehmern eine Streitaxt zur Eroberung anderer Länder in die Hand gegeben. So auch gegenüber Griechenland. Deutschland ist verantwortlich für den Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Deutschland muss den Exportüberschuss zurückfahren und die Binnennachfrage stärken. Unter anderem durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns mit 10 Euro, ein Zukunftsinvestitionsprogramm von 100 Milliarden Euro für Bildung, Energie, Verkehr und die Schaffung von zwei Millionen tariflich bezahlter Jobs.

Erschienen im »Neues Deutschland«, 07. Mai 2010

Michael Schlecht
Mitglied des Bundestages und
Gewerkschaftspolitischer Sprecher
im Parteivorstand DIE LINKE

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22
Di., 22.06., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
Mi., 23.06., **18:00 Uhr: Mitgliederversammlung**
Di., 29.06., 18:30 Uhr: **Stadtfraktionssitzung**
Mo., 05.07., 18:30 Uhr: **AG Malxe-Blatt**
Mi., 14.07., 18:30 Uhr: **AG »Soziales«**

Ausgeflogen

Das schlappe Wahlergebnis in NRW erklärt die FDP damit, dass ihre Stammwähler die Wahllokale nicht rechtzeitig erreichen konnten. Wegen der Aschewolke über Deutschland erhielten ihre Privatjets keine Start-erlaubnis.

Michael Kaiser

Begabungen

Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger hat Bundeskanzlerin Angela Merkel als mächtigste Frau der Welt bezeichnet und ihre Wirtschaftspolitik als vorbildlich gelobt. Ein toller Schauspieler!

Frank B. Klinger

Geburtstage

10.06.: 67 Jahre Erhard Kunick
14.06.: 84 Jahre Johanna Kubisch
17.06.: 67 Jahre Joachim Schulz
26.06.: 76 Jahre Wolfgang Mahling
28.06.: 74 Jahre Rosemarie Bräuer
28.06.: 72 Jahre Winfried Schubert
07.07.: 82 Jahre Werner Cieslak
12.07.: 70 Jahre Gudrun Ritschel

*Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren,
auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät **am Sonnabend, dem 10. Juli**, ab 10 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.